

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 68 (1997)
Heft: 5

Artikel: Zweiteilige Informationsveranstaltung des Zürcher Sozialwesens im Kirchgemeindezentrum Liebfrauen Zürich : der Bettelstab sollte der Vergangenheit angehören
Autor: Göpfert Faulstroh, Lynne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-812327>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zweiteilige Informationsveranstaltung des Zürcher Sozialwesens
im Kirchgemeindezentrum Liebfrauen Zürich

DER BETTELSTAB SOLLTE DER VERGANGENHEIT ANGEHÖREN

Von Lynne Göpfert Faulstich

Noch in keiner Generation standen so viele soziale Fragen zur Diskussion, war die Sicherheit des sozialen Netzes so stark in den Brennpunkt der Politik gerückt. Schon spricht man von «neuer Armut». Die im Augenblick auf allen Ebenen wirkende Umbruchsituation führt in allen Schichten der Bevölkerung zu einer grossen Verunsicherung. Sozialpolitisch engagierte Referenten und Referentinnen informierten in einer öffentlichen Veranstaltung der «Informationsstelle des Zürcher Sozialwesens» über die Forderungen und Fortschritte auf diesen Gebieten.

Durch die Tagung führte Stadträtin **Monika Stocker**. Unter ihrer Leitung gewann das Thema an Tempo, sie forderte die einzelnen Podiumsgäste aus den verschiedenen Sozialbereichen heraus, ihre Ansichten zu akzentuieren. Hauptreferent war **Otto Piller**, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, der sich zuerst einmal der generellen Frage zuwandte, was denn die Aufgabe des Staates überhaupt sei. Dazu zitierte er den Verfassungsartikel, der mit dem Postulat der «Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt» die Antwort darauf gibt. Dies heisse, so meinte Piller, dass niemand in unfreiwilliger Armut leben müsse und das Recht auf Arbeit habe, um mit seinem Lohn sein Leben bestreiten zu können. Daraus resultiere die Aufgabe des Staates, für Vollbeschäftigung zu sorgen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die bestehenden zu intensivieren. Ferner habe der Staat für eine gute Aus- und Weiterbildung zu sorgen und eine gute medizinische Grundversicherung zu gewährleisten. Allen Menschen sei Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen zu verschaffen, Invaliden und Pensionierten muss ein lebenswertes Dasein ermöglicht und dafür gesorgt werden, dass Kinder keine Last sind. «Wer Kinder haben will», sagte Piller, «muss sich heute einschränken. Das ist gefährlich.» Und schliesslich sollte «der Bettelstab der Vergangenheit angehören». Seiner Meinung nach können sozialpolitische Diskussionen nicht vom Wirtschaftlichen losgelöst werden. Die Maxime «Nur was rentiert ist gut», dürfe nicht länger um sich greifen. Es müsse mehr Moral geschaffen werden und wo dies nicht funktioniert, seien eben Gesetze zu schaffen, die beispielsweise festlegen, dass ein Betrieb eine gewisse An-

zahl Behinderter zu beschäftigen habe. In diesem Sinne glaubt Piller, dass die Wirtschaft vermehrt in die soziale Verantwortung eingebunden werden sollte.

Pillers Visionen gehören der *Sicherung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer* und die *Aufhebung der sturen Grenze für die Pensionierung*. Er plädierte in seinem Referat für ein *flexibles Rentenalter*, das heisst, solange ein Mensch arbeiten will, solle er dies tun dürfen. Im Gesundheitswesen sieht er die *absolute Notwendigkeit, die Kosten in den Griff zu bekommen, und zwar nicht zu Lasten der medizinischen Versorgung, sondern im Abbau von Privilegien*. Das Ziel einer echten Familienpolitik muss seiner Ansicht nach *das Kind sein*, im übrigen hält er eine *partnerschaftliche Haushaltsführung* als Zeichen der Gleichberechtigung für gekommen. Anpassungen müssen hier vor allem mittels *Ganztageschulen* und einer *Mutterschaftsversicherung* herbeigeführt werden.

Die Probleme auf ihren speziellen Fachgebieten listeten die eingeladenen Experten auf. **Sarah Müller** vom *Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit* berichtete, dass sich die Situation für die Jugendlichen laufend verschärfe. Die jungen Leute müssen «mit unzähligen Rückschlägen» kämpfen. «Haben sie dann eine Stelle gefunden, kann es ihnen passieren, dass sie wegen mangelnder Berufserfahrung abgelehnt werden.» Im Extremfall, so warnte die Referentin, münde dies im Drogenelend und in der Kriminalität. Die vorgesehene Kürzung der Taggelder verschärfe die Situation nur noch. **Gerhard Kocher**, Sekretär der *Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik* führte aus, dass das Krankenversicherungsgesetz im Augenblick das grösste Problem

darstelle. Er forderte, die unterschiedliche Prämienpraxis der Kantone zu vereinheitlichen. Die Grundversicherung, so sagte er, decke heute alles ab. Menschen, die viele Jahre hohe Prämien für eine Privat- oder Halbprivatversicherung bezahlt haben, sind jedoch enttäuscht. Jeder wisse aber, dass ein Rückgang der gut zahlenden Privatpatienten negative Auswirkungen auf die Grundversicherung haben würde. Es sei an den Krankenkassen, einen besseren Informationsfluss über die Strukturen und Möglichkeiten zu schaffen. Dazu kommt seiner Ansicht nach die «bange Frage, ob in der Zukunft der Grundleistungskatalog aufrechterhalten bleiben kann». Im Gespräch seien Prämien, die abhängig vom Lohn berechnet werden.

Walter Weber, Präsident des *Schweizerischen Blindenbundes* sprach für die *Minorität der Behinderten*, die «auch in Würde leben und über ihre Bedürfnisse gehört werden sollen». Der Selbstbedienungsladen Invalidenversicherung, die explosionsartige Zunahme der Verrentung, haben negative Schlagzeilen gemacht und die Vernehmlassung, welche den Vorschlag enthält, die Viertelrente aufzuheben, sei auch nicht förderlich für die Motivation zur Wiedereingliederung, meinte er. «Klüger wäre es, das Teilrentensystem zu verbessern». Auch sollten die Subventionen für Behindertentransporte in der Freizeit gefördert und nicht gestrichen werden, diese Handhabung würde das Angebot differenzieren. Alle diese Strömungen rufen seiner Ansicht nach im Augenblick eine grosse Beunruhigung bei den Organisationen der privaten Behindertenhilfe hervor.

Felix Mattmüller, Präsident der *«Grauen Pantherinnen und Panther Basel»* berichtete, dass vor allem Frauen im Alter an der Armutsgrenze leben müssen und zitierte einen Satz von *Jeremias Gotthelf*, der vom *«Ersäufen des Menschenrechts im Mistloch der Gnade»*, sprach. Mattmüller bezifferte die Summe der Existenzsicherung mit einem Minimum von 3500 Franken im Monat. Vorher, so sagte er, sei niemand berechtigt, in der Schweiz von einer Existenzsicherheit zu sprechen. Seine Organisation plädiert für ein *flexibles Ren-*

tenalter ab dem 58. Lebensjahr für Frauen und Männer, ferner bei den Ergänzungsleistungen eine umgekehrte Praxis einzuführen, das heisst, dass dem Staat oder der Behörde die Beweislast aufzuerlegen sei.

Die soziale Sicherung der Mütter ist das spezielle Anliegen von *Corinne Schärer vom Komitee für Mutterschaftsversicherung*. Eine solche Versicherung, sagte sie, würde eine grosse Lücke in System schliessen. Das Argument, dass der Bund ein Defizit habe, greife nicht mehr, denn man warte schon zu lange. «Es muss einfach eine

Lösung geben, die für alle Frauen die gleichen Möglichkeiten bieten. Die jetzigen genügen nicht.»

Helga Gruber, Zentralsekretärin AS-KIO, Behinderten-Selbsthilfe der Schweiz, listete die strukturellen Probleme auf, die in der Sozialhilfe zu lösen sind und wies darauf hin, dass es ein Grundrecht des Menschen sei, ein auskömmliches Leben führen zu können. Sie kritisierte das Hin- und Herschieben der Sozialfälle zwischen Arbeitslosenversicherung, IV und Sozialhilfe und die mangelnde Koordination innerhalb der einzelnen Hilfsorganisationen. ■

DICKE LUFT MACHT ALLERGISCH!

Täglich kommen wir mit Tabakrauch, Umweltgiften und Chemikalien, oft unbemerkt, in Berührung. In kleinen Dosen gelangen die Stoffe über die Atemluft in unseren Körper. In den einzelnen Organen können sie dann zu gesundheitlichen Beschwerden führen, denn bereits geringe Schadstoff-Konzentrationen wirken sich auf das Gesundheitsein negativ aus.

Die Schweizerische Vereinigung gegen Tuberkulose und Lungenerkrankheiten SVTL und die kantonalen Lungenligen unterstützen die aktuelle Self Care-Kampagne des Schweizerischen Apothekervereins unter anderem mit der Herausgabe des Informationsmagazins «Dicke Luft» über umweltbedingte Allergien. Die wichtigsten Umweltreize wie Passivrauchen, verschmutzte Aussenluft, allergene Substanzen in Staub und Dämpfen am Arbeitsplatz, Umweltgifte in Wohn- und Arbeitsräumen sowie das unsichtbare Ozon (Sommersmog) werden vorgestellt. Zu jedem Thema sind Tips zur Vorbeugung sowie Anregungen beigefügt, wie der Einzelne zu Verbesserungen beitragen kann.

Das Magazin «Dicke Luft» kann bei jeder Apotheke mit dem Self-Care-Zeichen bezogen oder beim Zentralsekretariat SVTL, Postfach 8266, 3001 Bern, verlangt werden (bitte frankiertes Kuvert C5 mit Empfängeradresse beilegen).

NEUMITGLIEDER HEIMVERBAND SCHWEIZ

Personenmitglieder

Sektion Appenzell

Lenhard Erika, Obergaden, 9044 Wald; Heimleiterin

Sektion Schaffhausen

Jost Walter, Jost+Partner, Dienstleistungen für das Gesundheitswesen, Schaffhausen, Schaffhausen; Berater

Sektion Schwyz

Büchler Verena, Alterszentrum Mythenpark, Mythenstr. 2, 6410 Goldau; Zentrumsleiterin

Region Zentralschweiz

Sigrist Gabriela, Pflegeheim Eichhof, Steinhofstr. 13, 6005 Luzern; Aktivierungstherapeutin

Heimmitglieder

Sektion Aargau

Maria-Bernardaheim, Maria-Bernarda-Strasse, 5644 Auw

Sektion Bern

Kinderspital Wildermeth, CP-Zentrum, Kloosweg 22, Postfach 1169, 2502 Biel

Sektion Schaffhausen

Wohn- und Pflegeheim Sonnmatt AG, Niederwiesen 322, 8214 Gächlingen

Sektion St. Gallen

Heilpädagogische Vereinigung, Wohnheim Buecherwäldli, Fichtenstr. 56, 9240 Uzwil

Region Zentralschweiz

Alters- und Pflegeheim Allmend, Dammstr. 24, 6055 Alpnach Dorf

Die erforderlichen Beschlüsse des Zentralvorstandes des Heimverbandes Schweiz und der zuständigen Sektionen erfolgen aus terminlichen Gründen oft in respektablen zeitlichen Abständen. Die Aufnahme durch den Zentralvorstand kann deshalb nur unter Vorbehalt der Zustimmung der Sektionen erfolgen.

Qualität in der Reinigung hat einen Namen:

amberg hospach ag

Professionelle Reinigung mit Qualitätssicherung nach EN ISO 9001.

Verwaltung: 8953 Dietikon, Kanalstrasse 6, Telefon 01/740 47 67, Fax 01/741 11 67

Niederlassungen: Aarau, Andwil TG, Basel, Dietikon, Luzern, Rickenbach SO, Schaffhausen, Schattdorf UR, Winterthur, Vaduz FL und Zürich